

<b>1972</b>	<b>Ausgegeben zu Bonn am 8. Juli 1972</b>	<b>Nr. 40</b>
-------------	---	---------------

Tag	Inhalt	Seite
9. 6. 72	Bekanntmachung des Verwaltungsabkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtsstellung des „Big Bend Community College“ in der Bundesrepublik Deutschland	701
15. 6. 72	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzübereinkommens über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken	704
23. 6. 72	Bekanntmachung des Protokolls vom 15. Oktober 1971 über den Beitritt Rumäniens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen	704

*Dieser Ausgabe ist für alle Abonnenten die zeitliche Übersicht über die Veröffentlichungen im ersten Halbjahr 1972 beigelegt.*

**Bekanntmachung  
des Verwaltungsabkommens  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika  
über die Rechtsstellung des „Big Bend Community College“  
in der Bundesrepublik Deutschland**

**Vom 9. Juni 1972**

In Bonn ist auf Grund des Artikels 71 Abs. 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut vom 3. August 1959 (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1183, 1218) durch Notenwechsel vom 10. Februar 1972 und 24. Mai 1972 ein Verwaltungsabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtsstellung des

„Big Bend Community College“

geschlossen worden.

Das Verwaltungsabkommen ist nach seiner Nr. 6  
am 30. Mai 1972

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. Januar 1972 (Bundesgesetzbl. 1972 II S. 84).

Bonn, den 9. Juni 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung  
Frank

## Verbalnoten

(Übersetzung)

Botschaft der  
Vereinigten Staaten von Amerika

Auswärtiges Amt  
V 7 -- 81.60/0/3

Nr. 21

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf die Verbalnote Nr. 25 der Botschaft vom 9. Februar 1971 und das Schreiben der Botschaft vom 12. Mai 1971 bezüglich des Georgia Military College folgendes mitzuteilen:

Das Auswärtige Amt beehrt sich, den Empfang der Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 21 vom 10. Februar 1972 zu bestätigen, mit welcher die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vorschlägt, ein Verwaltungsabkommen nach Artikel 71 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, das folgenden Wortlaut haben soll:

An Stelle des Georgia Military College hat das Department of the Army jetzt das Big Bend Community College ausgewählt, um für die Mitglieder der amerikanischen Streitkräfte sowie des zivilen Gefolges und ihre Angehörigen bestimmte Möglichkeiten der Ausbildung unter dem „Predischarge Education Program“ (PREP) zu bieten. Demzufolge möchte die Botschaft den in der Verbalnote vom 9. Februar 1971 enthaltenen Vorschlag bezüglich des Georgia Military College zurückziehen. Statt dessen schlägt die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, ein Verwaltungsabkommen nach Artikel 71 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, das folgenden Wortlaut haben soll:

1. Dem Big Bend Community College, das den Mitgliedern der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika sowie des zivilen Gefolges und deren Angehörigen Bildungsmöglichkeiten bietet, wird dieselbe Behandlung gewährt wie den Organisationen, die in Absatz 3 des sich auf Artikel 71 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut beziehenden Abschnitts des Unterzeichnungsprotokolls aufgeführt sind.
  2. Die vorgenannte Organisation ist für die Befriedigung der militärischen Bedürfnisse der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte erforderlich. Sie arbeitet nach den Richtlinien der amerikanischen Truppe und untersteht deren Dienstaufsicht.
  3. Die ausschließlich im Dienste des Big Bend Community College stehenden Angestellten sind, unbeschadet des Artikels 71 Absatz 6 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, wie Mitglieder des zivilen Gefolges, die Angehörigen dieser Angestellten wie Angehörige von Mitgliedern des zivilen Gefolges anzusehen und zu behandeln.
  4. Das Big Bend Community College gilt nicht als Bestandteil der Truppe im Sinne von Artikel 41 Absatz 7 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und ist in bezug auf die Abgeltung von Schäden nicht von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit. Landfahrzeuge, die von ihm betrieben werden, werden als Dienstfahrzeuge im Sinne des Artikels XI Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 11 sowie des Artikels XIII Absatz 4 des NATO-Truppenstatuts angesehen.
  5. Die Botschaft wird dem Auswärtigen Amt den Ort in der Bundesrepublik Deutschland, in dem die Zweigstelle des Big Bend Community College seinen Sitz haben wird, sowie die Personalien der bei dieser Einrichtung beschäftigten Personen mitteilen.
1. Dem Big Bend Community College, das den Mitgliedern der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika sowie des zivilen Gefolges und deren Angehörigen Bildungsmöglichkeiten bietet, wird dieselbe Behandlung gewährt wie den Organisationen, die in Absatz 3 des sich auf Artikel 71 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut beziehenden Abschnitts des Unterzeichnungsprotokolls aufgeführt sind.
  2. Die vorgenannte Organisation ist für die Befriedigung der militärischen Bedürfnisse der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte erforderlich. Sie arbeitet nach den Richtlinien der amerikanischen Truppe und untersteht deren Dienstaufsicht.
  3. Die ausschließlich im Dienste des Big Bend Community College stehenden Angestellten sind, unbeschadet des Artikels 71 Absatz 6 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, wie Mitglieder des zivilen Gefolges, die Angehörigen dieser Angestellten wie Angehörige von Mitgliedern des zivilen Gefolges anzusehen und zu behandeln.
  4. Das Big Bend Community College gilt nicht als Bestandteil der Truppe im Sinne von Artikel 41 Absatz 7 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und ist in bezug auf die Abgeltung von Schäden nicht von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit. Landfahrzeuge, die von ihm betrieben werden, werden als Dienstfahrzeuge im Sinne des Artikels XI Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 11 sowie des Artikels XIII Absatz 4 des NATO-Truppenstatuts angesehen.
  5. Die Botschaft wird dem Auswärtigen Amt den Ort in der Bundesrepublik Deutschland, in dem die Zweigstelle des Big Bend Community College seinen Sitz haben wird, sowie die Personalien der bei dieser Einrichtung beschäftigten Personen mitteilen.

6. Dieses Verwaltungsabkommen tritt am Tage nach dem Eingang der Antwortnote des Auswärtigen Amtes bei der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den in den Nummern 1—6 enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, schlägt die Botschaft vor, daß diese Verbalnote und eine das Einverständnis der Bundesrepublik Deutschland bestätigende Note ein Verwaltungsabkommen im Sinne des Artikels 71 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bilden.

Bonn-Bad Godesberg, 10. Februar 1972

L. S.

An das  
Auswärtige Amt  
53 Bonn

6. Dieses Verwaltungsabkommen tritt am Tage nach dem Eingang der Antwortnote des Auswärtigen Amtes bei der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Kraft.

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, daß sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 21 vom 10. Februar 1972 und diese Antwortnote ein Verwaltungsabkommen im Sinne des Artikels 71 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 24. Mai 1972

L. S.

An die  
Botschaft der Vereinigten  
Staaten von Amerika  
53 Bonn-Bad Godesberg

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Zusatzübereinkommens  
über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels  
und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken**

**Vom 15. Juni 1972**

Das in Genf am 7. September 1956 unterzeichnete Zusatzübereinkommen über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 203) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 2 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Madagaskar am 29. Februar 1972

Zentralafrikanische  
Republik am 30. Dezember 1970

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. Februar 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 111).

Bonn, den 15. Juni 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung  
Frank

---

**Bekanntmachung  
des Protokolls vom 15. Oktober 1971  
über den Beitritt Rumäniens  
zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen**

**Vom 23. Juni 1972**

Das von Rumänien am 15. Oktober 1971 unterzeichnete Protokoll von Genf vom 15. Oktober 1971 über den Beitritt Rumäniens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen ist nach seinem Absatz 10

am 14. November 1971

in Kraft getreten.

Das Protokoll wird nachstehend mit seiner deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Bonn, den 23. Juni 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung  
Frhr. v. Braun

Der Bundesminister  
für Wirtschaft und Finanzen  
In Vertretung  
Schöllhorn

**Protokoll  
über den Beitritt Rumäniens  
zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen**

**Protocol  
for the Accession of Romania  
to the General Agreement on Tariffs and Trade**

**Protocole  
d'accession de la Roumanie  
à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce**

(Übersetzung)

The governments which are contracting parties to the General Agreement on Tariffs and Trade (hereinafter referred to as "contracting parties" and "the General Agreement" respectively), the European Economic Community, and the Government of the Socialist Republic of Romania (hereinafter referred to as "Romania"),

Les gouvernements qui sont parties contractantes à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (dénommés ci-après «les parties contractantes» et «l'Accord général» respectivement), la Communauté économique européenne et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie (dénommé ci-après «la Roumanie»),

Die Regierungen, die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens sind (im folgenden als „Vertragsparteien“ und als „Allgemeines Abkommen“ bezeichnet), die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien (im folgenden als „Rumänien“ bezeichnet) —

TAKING NOTE of the request of Romania dated 22 July 1968 for accession to the General Agreement,

PRENANT ACTE de la demande d'accession à l'Accord général, en date du 22 juillet 1968, présentée par la Roumanie,

IN KENNTNIS des Gesuchs Rumäniens vom 22. Juli 1968 um Beitritt zum Allgemeinen Abkommen,

HAVING REGARD to the result of the negotiations directed towards this end,

CONSIDERANT le résultat des négociations menées à cet effet,

GESTUTZT auf das Ergebnis der diesbezüglichen Verhandlungen —

HAVE through their representatives agreed as FOLLOWS:

SONT CONVENUS, par l'intermédiaire de leurs représentants, des dispositions suivantes:

SIND durch ihre Vertreter wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

**Part I  
General**

1. Romania shall, upon entry into force of this Protocol pursuant to paragraph 10, become a contracting party to the General Agreement, as defined in Article XXXII thereof, and shall apply to contracting parties provisionally and subject to this Protocol:

- (a) Parts I, III and IV of the General Agreement, and
- (b) Part II of the General Agreement to the fullest extent not inconsistent with its legislation existing on the date of this Protocol.

The obligations incorporated in paragraph 1 of Article I by reference to Article III and those incorporated in paragraph 2 (b) of Article II by reference to Article VI of the General Agreement shall be considered as falling within Part II for the purpose of this paragraph.

**Première Partie  
Dispositions générales**

1. A compter du jour où le présent Protocole entrera en vigueur conformément au paragraphe 10 ci-après, la Roumanie sera partie contractante à l'Accord général au sens de l'article XXXII dudit Accord et appliquera à l'égard des parties contractantes, à titre provisoire et sous réserve des dispositions du présent Protocole:

- a) Les Parties I, III et IV de l'Accord général;
- b) la Partie II de l'Accord général dans toute la mesure compatible avec sa législation existant à la date du présent Protocole.

Les obligations stipulées au paragraphe 1 de l'article premier par référence à l'article III et celles qui sont stipulées à l'alinéa b) du paragraphe 2 de l'article II par référence à l'article VI de l'Accord général seront considérées, aux fins du présent paragraphe, comme relevant de la Partie II de l'Accord général.

**Teil I  
Allgemeine Bestimmungen**

(1) Mit Inkrafttreten dieses Protokolls nach Absatz 10 wird Rumänien Vertragspartei des Allgemeinen Abkommens im Sinne von dessen Artikel XXXII und wendet gegenüber den Vertragsparteien vorbehaltlich dieses Protokolls folgende Teile des Allgemeinen Abkommens vorläufig an:

- a) Die Teile I, III und IV sowie
- b) den Teil II, soweit dies mit seinen an dem Datum dieses Protokolls geltenden Rechtsvorschriften vereinbar ist.

Die Verpflichtungen aus Artikel I Absatz 1 in Verbindung mit Artikel III und aus Artikel II Absatz 2 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel VI des Allgemeinen Abkommens gelten für die Zwecke dieses Absatzes als zu Teil II gehörig.

2. (a) The provisions of the General Agreement to be applied to contracting parties by Romania shall, except as otherwise provided in this Protocol, be the provisions contained in the text annexed to the Final Act of the second session of the Preparatory Committee of the United Nations Conference on Trade and Employment, as rectified, amended, or otherwise modified by such instruments as may have become effective on the day on which Romania becomes a contracting party.

(b) In each case in which paragraph 6 of Article V, sub-paragraph 4 (d) of Article VII, and sub-paragraph 3 (c) of Article X of the General Agreement refer to the date of that Agreement, the applicable date in respect of Romania shall be the date of this Protocol.

3. (a) Contracting parties still maintaining prohibitions or quantitative restrictions not consistent with Article XIII of the General Agreement shall not increase the discriminatory element in these restrictions, undertake to remove them progressively and shall have as their objective to eliminate them before the end of 1974. Should this agreed objective not be achieved and, for exceptional reasons, should a limited number of restrictions still be in force as of 1 January 1975, the Working Party provided for in paragraph 5 would examine them with a view to their elimination.

(b) Contracting parties shall notify, on entry into force of this Protocol, and before the consultations provided for in paragraph 5 below, discriminatory prohibitions and quantitative restrictions still applied at that time to imports from Romania. Such notifications shall include a list of the products subject to these prohibitions and restrictions, specifying the type of restrictions applied (import quotas, licensing systems, embargoes, etc.) as well as the value of trade effected in the products concerned and the measures adopted with a view to eliminating these prohibitions and restrictions under the terms of the preceding sub-paragraph.

(c) The contracting parties shall, in the course of the consultations provided for in paragraph 5 below, review the measures taken or envisaged by contracting parties pursuant to the provisions of this paragraph, and make such recommendations as they consider appropriate.

2. a) Les dispositions de l'Accord général qui devront être appliquées par la Roumanie à l'égard des parties contractantes seront, sauf disposition contraire du présent Protocole, celles qui figurent dans le texte annexé à l'Acte final de la deuxième session de la Commission préparatoire de la Conférence des Nations Unies sur le commerce et l'emploi, telles qu'elles auront été rectifiées, amendées ou autrement modifiées par des instruments qui seront devenus effectifs à la date à laquelle la Roumanie deviendra partie contractante.

b) Dans chaque cas où le paragraphe 6 de l'article V, l'alinéa d) du paragraphe 4 de l'article VII et l'alinéa c) du paragraphe 3 de l'article X de l'Accord général mentionnent la date dudit Accord, la date applicable en ce qui concerne la Roumanie sera la date du présent Protocole.

3. a) Les parties contractantes qui maintiennent encore des prohibitions ou des restrictions quantitatives incompatibles avec l'article XIII de l'Accord général n'aggraveront pas l'élément discriminatoire des restrictions, s'engagent à supprimer progressivement ces restrictions et se fixent pour objectif de les éliminer avant la fin de 1974. Si l'objectif ainsi convenu n'était pas atteint et si, pour des raisons exceptionnelles, un nombre limité de restrictions était encore en vigueur au 1<sup>er</sup> janvier 1975, le Groupe de travail prévu au paragraphe 5 les examinera en vue de leur élimination.

b) Les parties contractantes notifieront, lors de l'entrée en vigueur du présent Protocole et avant les consultations prévues au paragraphe 5 ci-après, les prohibitions et les restrictions quantitatives discriminatoires encore appliquées à ce moment-là aux importations en provenance de Roumanie. Ces notifications comprendront une liste des produits soumis à ces prohibitions et ces restrictions spécifiant le type de restrictions appliqué (contingentement des importations, régime de licences, interdictions, etc.) ainsi que la valeur des échanges effectués avec les produits concernés et les mesures adoptées en vue d'éliminer ces prohibitions et restrictions conformément aux termes de l'alinéa précédent.

c) Lors de consultations prévues au paragraphe 5 ci-après, les parties contractantes procéderont à un examen des mesures prises ou envisagées par des parties contractantes en application des dispositions du présent paragraphe et feront les recommandations qu'elles jugeront appropriées.

(2) a) Soweit in diesem Protokoll nichts anderes vorgesehen ist, sind die von Rumänien gegenüber den Vertragsparteien anzuwendenden Bestimmungen des Allgemeinen Abkommens die des Textes, welcher der Schlußakte der Zweiten Tagung des Vorbereitungsausschusses für die Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Arbeit beigefügt ist, und zwar in seiner berichtigten, ergänzten oder anderweit geänderten Fassung nach Maßgabe der Übereinkünfte, die an dem Tag, an dem Rumänien Vertragspartei wird, in Kraft sind.

b) In allen Fällen, auf die sich das in Artikel V Absatz 6, in Artikel VII Absatz 4 Buchstabe d und in Artikel X Absatz 3 Buchstabe c des Allgemeinen Abkommens erwähnte Datum bezieht, ist der für Rumänien geltende Stichtag das Datum dieses Protokolls.

(3) a) Vertragsparteien, die noch Verbote oder mengenmäßige Beschränkungen aufrechterhalten, welche mit Artikel XIII des Allgemeinen Abkommens unvereinbar sind, erhöhen das diskriminierende Element in diesen Beschränkungen nicht, verpflichten sich, diese fortschreitend abzubauen und setzen sich zum Ziel, sie vor Ablauf des Jahres 1974 zu beseitigen. Sollte sich aus außergewöhnlichen Gründen am 1. Januar 1975 eine begrenzte Zahl von Beschränkungen noch in Kraft befinden, wird die in Absatz 5 vorgesehene Arbeitsgruppe sie mit dem Ziel ihrer Beseitigung prüfen.

b) Die Vertragsparteien notifizieren bei Inkrafttreten dieses Protokolls und vor den in Absatz 5 vorgesehenen Konsultationen diskriminierende Verbote und mengenmäßige Beschränkungen, die in diesem Zeitpunkt noch auf Einfuhren aus Rumänien angewendet werden. Derartige Notifikationen umfassen eine Liste der diesen Verboten und Beschränkungen unterliegenden Waren, in der die Art der angewendeten Beschränkungen (Einfuhrkontingente, Genehmigungssysteme, Embargos usw.) angegeben ist, sowie die Angabe des Handelswertes der betreffenden Waren und der Maßnahmen, die mit dem Ziel einer Beseitigung dieser Verbote und Beschränkungen nach Maßgabe des Buchstabens a getroffen worden sind.

c) Die Vertragsparteien prüfen während der in Absatz 5 vorgesehenen Konsultationen die von Vertragsparteien auf Grund des vorliegenden Absatzes getroffenen oder vorgesehenen Maßnahmen und erteilen die ihnen geeignet erscheinenden Empfehlungen.

4. (a) If any product is being imported, in the trade between Romania and contracting parties, in such increased quantities or under such conditions as to cause or threaten serious injury to domestic producers of like or directly competitive products, the provisions of (b) to (e) of this paragraph shall apply.

(b) Romania or the contracting party concerned may request consultations. Any such request shall be notified to the contracting parties. If, as a result of such consultations, it is agreed that the situation referred to in (a) above exists, exports shall be limited or such other action taken, which may include action, if possible, with respect to the price at which the exports are sold, as will prevent or remedy the injury.

(c) Should it not be possible to reach agreement between the parties concerned as a result of consultation under (b), the matter may be referred to the contracting parties who shall promptly investigate the matter and who may make appropriate recommendations to Romania or to the contracting party concerned.

(d) If following action under (b) and (c) above, agreement is still not reached between the parties concerned, the contracting party concerned shall be free to restrict the imports of the product concerned to the extent and for such time as is necessary to prevent or remedy the injury. The other party shall then be free to deviate from its obligations to the contracting party concerned in respect of substantially equivalent trade.

(e) In critical circumstances, where delay would cause damage difficult to repair, such preventive or remedial action may be taken provisionally without prior consultation, on the condition that consultation shall be effected immediately after taking such action.

5. Early in the second year after the entry into force of this Protocol and in alternate years thereafter, or in any other year at the specific request of a contracting party or Romania, consultations shall be held between Romania and the contracting parties in a working party to be established for this purpose to review the development of reciprocal trade and measures taken under the terms

4. a) Si un produit est importé dans le cadre des échanges entre la Roumanie et les parties contractantes en quantités tellement accrues ou dans des conditions telles qu'il porte ou menace de porter un préjudice grave aux producteurs nationaux de produits similaires ou de produits directement concurrents, les dispositions des alinéas b) à e) du présent paragraphe seront applicables.

b) La Roumanie ou la partie contractante concernée peut demander des consultations. Toute demande de cette nature sera notifiée aux parties contractantes. Si, à la suite de ces consultations, l'existence de la situation mentionnée à l'alinéa a) ci-dessus est reconnue, les exportations seront limitées ou toutes autres mesures propres à prévenir ou réparer le préjudice, y compris éventuellement, si possible, des mesures relatives au prix de vente des produits exportés, seront prises.

c) Si les parties concernées ne peuvent arriver à un accord à la suite de la consultation prévue à l'alinéa b), la question pourra être portée devant les parties contractantes, qui l'examineront sans retard et pourront présenter des recommandations appropriées à la Roumanie ou à la partie contractante concernée.

d) Si, à la suite de mesures prises conformément aux alinéas b) et c) ci-dessus, les parties concernées n'arrivent toujours pas à un accord, la partie contractante concernée aura la faculté d'appliquer des restrictions aux importations du produit en question, dans la mesure et pendant le temps nécessaires pour prévenir ou réparer le préjudice. L'autre partie aura alors la faculté de déroger à ses obligations envers la partie contractante concernée pour des échanges substantiellement équivalents.

e) Dans des circonstances critiques où tout retard entraînerait un dommage qu'il serait difficile de réparer, les mesures provisoires destinées à prévenir ou réparer le préjudice pourront être prises sans consultation préalable, à la condition que les consultations aient lieu immédiatement après que lesdites mesures auront été prises.

5. Dans les premiers mois de la deuxième année qui suivra l'entrée en vigueur du présent Protocole et tous les deux ans par la suite, ou toute autre année si une partie contractante ou la Roumanie le demande expressément, des consultations seront engagées entre la Roumanie et les parties contractantes, au sein d'un Groupe de travail qui serait créé à cette fin, pour examiner l'évolution

(4) a) Wird eine Ware im Rahmen des Handels zwischen Rumänien und Vertragsparteien in derart gesteigerten Mengen oder unter solchen Bedingungen eingeführt, daß den einheimischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren ernsthafte Schäden entstehen oder zu entstehen drohen, so sind die Buchstaben b bis e anwendbar.

b) Rumänien oder die betroffene Vertragspartei können um Konsultationen nachsuchen. Jedes derartige Ersuchen ist den Vertragsparteien zu notifizieren. Wird als Folge dieser Konsultationen anerkannt, daß die unter dem Buchstaben a erwähnte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere geeignete Maßnahmen getroffen, die sich gegebenenfalls auch auf die Ausführpreise erstrecken können, um die Schäden zu verhüten oder zu beheben.

c) Kann auf Grund der nach Buchstabe b geführten Konsultationen zwischen den betroffenen Parteien keine Einigung erzielt werden, so kann die Angelegenheit den Vertragsparteien vorgelegt werden; diese prüfen die Frage alsbald und können dann Rumänien oder der betroffenen Vertragspartei entsprechende Empfehlungen erteilen.

d) Ist nach Durchführung der unter den Buchstaben b und c vorgesehenen Maßnahmen noch immer keine Einigung zwischen den betroffenen Parteien erzielt worden, so steht es der Vertragspartei frei, die Einfuhren der betreffenden Ware in dem Maße und so lange zu beschränken, wie es zur Verhütung oder Behebung des Schadens erforderlich ist. Der anderen Partei steht es sodann frei, ihrerseits in bezug auf im wesentlichen gleichwertige Handelsgeschäfte von ihren Verpflichtungen gegenüber der betroffenen Vertragspartei abzuweichen.

e) Unter kritischen Umständen, in denen jede Verzögerung nur schwer zu beseitigende Schäden verursachen würde, können ohne vorherige Konsultation vorläufige Maßnahmen zur Verhütung oder Behebung des Schadens unter der Bedingung getroffen werden, daß sogleich nach Einleitung dieser Maßnahmen Konsultationen stattfinden.

(5) Zu Beginn des zweiten Jahres nach Inkrafttreten dieses Protokolls und danach alle zwei Jahre, oder auf ausdrückliches Ersuchen einer Vertragspartei oder Rumäniens in jedem anderen Jahr, finden zwischen Rumänien und den Vertragsparteien in einer zu diesem Zweck einzusetzenden Arbeitsgruppe Konsultationen zur Überprüfung der Entwicklung des gegenseitigen Handels und der nach

of this Protocol. These consultations shall follow the lines laid down in Annex A to this Protocol. Appropriate recommendations may be made to Romania or to contracting parties concerned.

6. Pursuant to the procedures outlined in paragraph 5, or not less than three months before a consultation under that paragraph, a contracting party may request Romania or Romania may request a contracting party to enter into consultation with it. Any such requests shall be notified to the contracting parties. Should such consultation not lead to a result satisfactory to the contracting party or to Romania, that contracting party may suspend, to the extent it considers necessary, the application to Romania, or Romania may suspend, to the extent it considers necessary, the application to that contracting party, of concessions or other obligations under the General Agreement, and shall immediately inform the contracting parties of any such action. At the request of the contracting party concerned, or any other contracting party having a substantial interest in the subject of the consultation, or Romania, the contracting parties shall consult with the contracting party concerned and Romania. Should such consultation not lead to an agreement between the contracting party and Romania, and should the contracting party or Romania continue to take action under this paragraph Romania or the contracting party shall be free, while such action is taken, to suspend to an equivalent extent the application to that contracting party or to Romania of such concessions or other obligations under this Protocol as it may consider necessary.

7. Romania reserves its position with respect to the provisions of paragraph 6 of Article XV of the General Agreement, but undertakes that, so long as Romania is not a member of the International Monetary Fund, it will act in exchange matters in accordance with the intent of the General Agreement and in a manner fully consistent with the principles laid down in the text of the special exchange agreement as adopted by the contracting parties in their Resolution of 20 June 1949. Romania shall report to the contracting parties promptly on any action taken by it which would have been required to be reported to the contracting parties had Romania signed the special exchange agree-

des échanges commerciaux réciproques ainsi que les mesures prises aux termes du présent Protocole. Ces consultations se dérouleront selon le plan énoncé à l'annexe A du présent Protocole. Des recommandations appropriées pourront être présentées à la Roumanie ou aux parties contractantes concernées.

6. En application des procédures énoncées au paragraphe 5, ou pas moins de trois mois avant une consultation au titre de ce paragraphe, une partie contractante pourra demander à la Roumanie ou la Roumanie demander à une partie contractante à entrer en consultation avec elle. Toute demande de cette nature sera notifiée aux parties contractantes. Si cette consultation n'aboutit pas à un résultat satisfaisant pour la partie contractante ou pour la Roumanie, cette partie contractante pourra suspendre, dans la mesure où elle le jugera nécessaire, l'application à la Roumanie, ou la Roumanie pourra suspendre, dans la mesure où elle le jugera nécessaire, l'application à cette partie contractante, de concessions ou d'autres obligations résultant de l'Accord général et elle informera immédiatement les parties contractantes des mesures qu'elle aura prises. A la demande de la partie contractante en cause, ou de toute autre partie contractante ayant un intérêt substantiel à l'objet de cette consultation, ou de la Roumanie, les parties contractantes entreront en consultation avec la partie contractante en cause et la Roumanie. Si cette consultation ne conduit pas à un accord entre la partie contractante et la Roumanie, et si la partie contractante ou la Roumanie maintient ses mesures en vertu du présent paragraphe, la Roumanie ou la partie contractante aura la faculté, tant que ces mesures seront maintenues, de suspendre dans une mesure équivalente, selon qu'elle le jugera nécessaire, l'application à cette partie contractante ou à la Roumanie de concessions ou d'autres obligations prévues dans le présent Protocole.

7. La Roumanie réserve sa position en ce qui concerne les dispositions du paragraphe 6 de l'article XV de l'Accord général mais s'engage, aussi longtemps qu'elle ne sera pas membre du Fonds monétaire international, à agir en matière de change conformément à l'esprit de l'Accord général et d'une manière entièrement compatible avec les principes énoncés dans le texte de l'Accord spécial de change adopté par les parties contractantes dans leur Résolution du 20 juin 1949. La Roumanie fera rapport sans retard aux parties contractantes sur toute mesure prise par elle qui aurait dû faire l'objet d'un rapport aux parties contractantes si la Roumanie avait signé l'Accord spécial de change. En

Maßgabe dieses Protokolls getroffenen Maßnahmen statt. Diese Konsultationen erfolgen in Übereinstimmung mit den in der Anlage A zu diesem Protokoll niedergelegten Richtlinien. Rumänien oder betroffenen Vertragsparteien können entsprechende Empfehlungen erteilt werden.

(6) Nach Maßgabe des in Absatz 5 festgelegten Verfahrens oder spätestens drei Monate vor einer Konsultation gemäß jenem Absatz kann eine Vertragspartei Rumänien oder kann Rumänien eine Vertragspartei um die Aufnahme gegenseitiger Konsultationen ersuchen. Jedes derartige Ersuchen ist den Vertragsparteien zu notifizieren. Führt eine solche Konsultation nicht zu einem die Vertragspartei oder Rumänien befriedigenden Ergebnis, so kann die Vertragspartei oder Rumänien in dem für erforderlich gehaltenen Umfang Zugeständnisse oder andere Verpflichtungen nach dem Allgemeinen Abkommen gegenüber Rumänien oder der Vertragspartei aussetzen; die Vertragsparteien sind über derartige Maßnahmen sogleich zu unterrichten. Auf Ersuchen der betreffenden Vertragspartei oder jeder anderen Vertragspartei, die an dem Gegenstand der Konsultationen ein wesentliches Interesse hat, oder auf Ersuchen Rumäniens treten die Vertragsparteien mit der betreffenden Vertragspartei und Rumänien in Konsultationen ein. Führen diese zu keiner Einigung zwischen der Vertragspartei und Rumänien und behält die Vertragspartei oder Rumänien ihre nach diesem Absatz getroffenen Maßnahmen bei, so steht es Rumänien oder der Vertragspartei frei, solange diese Maßnahmen beibehalten werden, in dem für erforderlich gehaltenen Ausmaß gleichwertige Zugeständnisse oder andere Verpflichtungen aus diesem Protokoll gegenüber der Vertragspartei oder gegenüber Rumänien auszusetzen.

(7) Rumänien behält sich in bezug auf Artikel XV Absatz 6 des Allgemeinen Abkommens seine Stellungnahme vor, verpflichtet sich aber, solange es nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist, in Angelegenheiten des internationalen Zahlungsverkehrs im Geiste des Allgemeinen Abkommens und in voller Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Sonderabkommens über den Zahlungsverkehr zu handeln, daß die Vertragsparteien durch Entschließung vom 20. Juni 1949 angenommen haben. Rumänien zeigt den Vertragsparteien sogleich jede von ihm getroffene Maßnahme an, die es ihnen anzeigen müßte, wenn es das Sonderabkommen über den Zahlungsverkehr



ment. Romania shall consult with the contracting parties at any time, subject to thirty days' notice, upon request of any contracting party which considers that Romania has taken exchange action which may have a significant effect on the application of the provisions of the General Agreement or is inconsistent with the principles and objectives of the special exchange agreement. If, as a result of such consultation, the contracting parties find that Romania has taken exchange action contrary to the intent of the General Agreement, they may determine that the present reservation shall cease to apply and Romania shall thereafter be bound by the provisions of paragraph 6 of Article XV of the General Agreement.

tout temps, la Roumanie devra, sous réserve d'un préavis de trente jours, avoir des consultations avec les parties contractantes à la demande de toute partie contractante qui estimerait qu'elle a pris, en matière de change, des mesures qui peuvent avoir un effet significatif sur l'application des dispositions de l'Accord général ou qui sont incompatibles avec les principes et objectifs de l'Accord spécial de change. Si, à l'issue de ces consultations, les parties contractantes constatent que la Roumanie a pris en matière de change des mesures contraires à l'esprit de l'Accord général, elles pourront décider que la présente réserve cesse de s'appliquer et, par la suite, la Roumanie sera liée par les dispositions du paragraphe 6 de l'article XV de l'Accord général.

unterzeichnet hätte. Auf Ersuchen einer Vertragspartei, die der Ansicht ist, Rumänien habe auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs Maßnahmen getroffen, die bedeutsame Auswirkungen auf die Anwendung des Allgemeinen Abkommens haben könnten oder die mit den Grundsätzen und Zielen des Sonderabkommens über den Zahlungsverkehr unvereinbar sind, tritt Rumänien jederzeit binnen 30 Tagen mit den Vertragsparteien in Konsultationen ein. Stellen die Vertragsparteien als Ergebnis dieser Konsultationen fest, daß Rumänien auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs Maßnahmen getroffen hat, die im Widerspruch zu den Zielen des Allgemeinen Abkommens stehen, so können sie beschließen, daß der bestehende Vorbehalt nicht mehr anwendbar und Rumänien hinfort an den Artikel XV Absatz 6 des Allgemeinen Abkommens gebunden ist.

#### Part II Schedule

8. The schedule in Annex B shall, upon the entry into force of this Protocol, become a Schedule to the General Agreement relating to Romania.

#### Deuxième Partie Liste

8. La liste reproduite à l'annexe B deviendra Liste de la Roumanie annexée à l'Accord général dès l'entrée en vigueur du présent Protocole.

#### Teil II Liste

(8) Die Liste in der Anlage B wird mit Inkrafttreten dieses Protokolls die Liste Rumäniens zum Allgemeinen Abkommen.

#### Part III Final Provisions

9. This Protocol shall be deposited with the Director-General to the contracting parties. It shall be open for signature by Romania until 31 December 1971. It shall also be open for signature by contracting parties and by the European Economic Community.

10. This Protocol shall enter into force on the thirtieth day following the day upon which it shall have been signed by Romania.

11. Romania, having become a contracting party to the General Agreement pursuant to paragraph 1 of this Protocol, may accede to the General Agreement upon the applicable terms of this Protocol by deposit of an instrument of accession, with the Director-General. Such accession shall take effect on the day on which the General Agreement enters into force pursuant to Article XXVI or on the thirtieth day following the day of the deposit of the instrument of accession, whichever is the later. Accession to the General Agreement pursuant to this paragraph shall, for the purposes of paragraph 2 of Article XXXII of that Agreement, be regarded as acceptance of the Agreement pursuant to paragraph 4 of Article XXVI thereof.

#### Troisième Partie Dispositions finales

9. Le présent Protocole sera déposé auprès du Directeur général des parties contractantes. Il sera ouvert à la signature de la Roumanie jusqu'au 31 décembre 1971. Il sera également ouvert à la signature des parties contractantes et de la Communauté économique européenne.

10. Le présent Protocole entrera en vigueur le trentième jour qui suivra celui où il aura été signé par la Roumanie.

11. La Roumanie, étant devenue partie contractante à l'Accord général conformément au paragraphe 1 du présent Protocole, pourra accéder audit Accord selon les clauses applicables du présent Protocole, en déposant un instrument d'accession auprès du Directeur général. L'accession prendra effet le jour où l'Accord général entrera en vigueur en application de l'article XXVI, ou le trentième jour qui suivra celui du dépôt de l'instrument d'accession si cette date est postérieure à la première. L'accession à l'Accord général conformément au présent paragraphe sera considérée, aux fins de l'application du paragraphe 2 de l'article XXXII dudit Accord, comme une acceptation de l'Accord conformément au paragraphe 4 de l'article XXVI dudit Accord.

#### Teil III Schlußbestimmungen

(9) Dieses Protokoll wird beim Generaldirektor der Vertragsparteien hinterlegt. Es liegt für Rumänien bis zum 31. Dezember 1971 zur Unterzeichnung auf. Es liegt ferner für die Vertragsparteien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Unterzeichnung auf.

(10) Dieses Protokoll tritt am 30. Tag nach seiner Unterzeichnung durch Rumänien in Kraft.

(11) Rumänien, das nach Absatz 1 dieses Protokolls Vertragspartei des Allgemeinen Abkommens geworden ist, kann diesem nach Maßgabe dieses Protokolls beitreten, indem es beim Generaldirektor eine Beitrittsurkunde hinterlegt. Der Beitritt wird an dem Tag wirksam, an dem das Allgemeine Abkommen nach Artikel XXVI in Kraft tritt, frühestens jedoch am 30. Tag nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde. Der Beitritt zum Allgemeinen Abkommen nach diesem Absatz gilt für die Zwecke des Artikels XXXII Absatz 2 des Abkommens als Annahme des Abkommens nach dessen Artikel XXVI Absatz 4.

12. Romania may withdraw its provisional application of the General Agreement prior to its accession thereto pursuant to paragraph 11 and such withdrawal shall take effect on the sixtieth day following the day on which written notice thereof is received by the Director-General.

13. The Director-General shall promptly furnish a certified copy of this Protocol and a notification of each signature thereto, pursuant to paragraph 9, to each contracting party, to the European Economic Community, to Romania and to each government which shall have acceded provisionally to the General Agreement.

14. This Protocol shall be registered in accordance with the provisions of Article 102 of the Charter of the United Nations.

DONE at Geneva this fifteenth day of October one thousand nine hundred and seventy-one in a single copy, in the English and French languages, both texts being authentic.

12. La Roumanie pourra mettre fin à l'application provisoire de l'Accord général avant d'y accéder conformément au paragraphe 11 et cette dénonciation prendra effet le soixantième jour qui suivra celui où le Directeur général en aura reçu notification par écrit.

13. Le Directeur général remettra sans retard une copie certifiée conforme du présent Protocole et une notification de chaque signature dudit Protocole conformément au paragraphe 9, à chaque partie contractante, à la Communauté économique européenne, à la Roumanie et à chaque gouvernement qui aura accédé provisoirement à l'Accord général.

14. Le présent Protocole sera enregistré conformément aux dispositions de l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

FAIT à Genève, le quinze octobre mil neuf cent soixante et onze en un seul exemplaire en langues française et anglaise, les deux textes faisant également foi.

(12) Vor seinem Beitritt zum Allgemeinen Abkommen nach Absatz 11 kann Rumänien dessen vorläufige Anwendung einstellen; die Einstellung wird am 60. Tag nach Eingang der schriftlichen Mitteilung beim Generaldirektor wirksam.

(13) Der Generaldirektor übermittelt alsbald jeder Vertragspartei, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Rumänien und jeder Regierung, die dem Allgemeinen Abkommen vorläufig beigetreten ist, eine beglaubigte Abschrift dieses Protokolls und notifiziert ihnen unverzüglich jede Unterzeichnung dieses Protokolls nach Absatz 9.

(14) Dieses Protokoll wird nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registriert.

GESCHEHEN zu Genf am 15. Oktober 1971 in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

## Annex A

**Plan for Periodic Consultations  
between Romania  
and the Contracting Parties  
under Paragraphs 3 and 5  
of the Protocol**

The consultations shall be held on the basis of information concerning the following points:

- (i) Romanian exports
  - (a) The general trend and geographical distribution of Romanian exports to the contracting parties and of Romanian global exports.
  - (b) Development of Romanian exports of various categories of goods (e. g. agricultural products, raw materials, semi-manufactured goods, machinery and consumer goods) to the contracting parties in relation to development of Romanian global exports of the same categories of goods.
  - (c) Measures adopted under the terms of paragraph 3 of the Protocol by contracting parties maintaining quantitative restrictions inconsistent with Article XIII of the General Agreement with a view to eliminating these restrictions.
  - (d) Other questions relating to the exports of Romania to the contracting parties.
- (ii) Romanian imports
  - (a) The general trend and geographical distribution of Romanian imports from the contracting parties and the development of Romania's imports from the contracting parties in relation to development of Romanian global imports.
  - (b) Development of Romanian imports of various categories of goods (e. g. agricultural products, raw materials, semi-manufactured goods, machinery and consumer goods) from the contracting parties in relation to the development of Romanian global imports of the same categories of goods.
  - (c) Measures taken by Romania pursuant to the provisions of the Schedule of Concessions of Romania.

## Annexe A

**Plan de consultations  
périodiques entre la Roumanie  
et les parties contractantes  
au titre des paragraphes 3 et 5  
du protocole**

Les consultations prévues auront lieu sur la base de renseignements concernant les points suivants:

- i) Exportations roumaines
  - a) Tendances générales et distribution géographique des exportations roumaines vers les parties contractantes et des exportations totales de la Roumanie.
  - b) Evolution des exportations roumaines de différentes catégories de produits (par exemple produits agricoles, matières premières, demi-produits, machines et biens de consommation) à destination des parties contractantes, par rapport à l'évolution des exportations totales de de la Roumanie pour ce qui concerne les mêmes catégories de produits.
  - c) Mesures que les parties contractantes qui maintiennent des restrictions quantitatives incompatibles avec l'article XIII de l'Accord général ont adoptées conformément aux termes du paragraphe 3 du Protocole en vue d'éliminer ces restrictions.
  - d) Autres questions touchant les exportations de la Roumanie vers les parties contractantes.
- ii) Importations de la Roumanie
  - a) Tendances générales et distribution géographique des importations de la Roumanie en provenance des parties contractantes et évolution des importations de la Roumanie en provenance des parties contractantes par rapport à l'évolution des importations totales de la Roumanie.
  - b) Evolution des importations roumaines des différentes catégories de produits (par exemple produits agricoles, matières premières, demi-produits, machines et biens de consommation) en provenance des parties contractantes par rapport à l'évolution des importations totales de la Roumanie en ce qui concerne les mêmes catégories de produits.
  - c) Mesures prises par la Roumanie en application des dispositions de la Liste de concessions de la Roumanie.

## Anlage A

**Plan für die regelmäßigen  
Konsultationen  
zwischen Rumänien  
und den Vertragsparteien  
nach Absatz 3 und 5  
des Protokolls**

Die Konsultationen erfolgen auf Grund von Angaben zu folgenden Punkten:

- i) Rumänische Ausfuhren
  - a) Die allgemeine Entwicklung und die geographische Aufteilung der rumänischen Ausfuhren auf die Vertragsparteien sowie der rumänischen Gesamtausfuhren.
  - b) Die Entwicklung der rumänischen Ausfuhren bei den verschiedenen Warenkategorien (z. B. landwirtschaftliche Erzeugnisse, Rohstoffe, Halbfertigwaren, Maschinen und Verbrauchsgüter) in die Vertragsparteien im Verhältnis zur Entwicklung der rumänischen Gesamtausfuhren bei den gleichen Warenkategorien.
  - c) Maßnahmen, die nach Absatz 3 des Protokolls von Vertragsparteien getroffen werden, die mengenmäßige Beschränkungen aufrechterhalten, welche mit Artikel XIII des Allgemeinen Abkommens unvereinbar sind, mit dem Ziel einer Beseitigung dieser Beschränkungen.
  - d) Andere Fragen in bezug auf die Ausfuhren Rumäniens in die Vertragsparteien.
- ii) Rumänische Einfuhren
  - a) Die allgemeine Entwicklung und die geographische Aufteilung der rumänischen Einfuhren aus den Vertragsparteien sowie die Entwicklung der rumänischen Einfuhren aus den Vertragsparteien im Verhältnis zur Entwicklung der rumänischen Gesamteinfuhren.
  - b) Die Entwicklung der rumänischen Einfuhren bei den verschiedenen Warenkategorien (z. B. landwirtschaftliche Erzeugnisse, Rohstoffe, Halbfertigwaren, Maschinen und Verbrauchsgüter) aus den Vertragsparteien im Verhältnis zur Entwicklung der rumänischen Gesamteinfuhren bei den gleichen Warenkategorien.
  - c) Die von Rumänien nach Maßgabe der rumänischen Zugeständnisliste getroffenen Maßnahmen.

- |   |  |  |
|---|--|--|
| (d) Other questions relating to imports by Romania from the contracting parties.  | d) Autres questions concernant les importations de la Roumanie en provenance des parties contractantes.  | d) Andere Fragen in Zusammenhang mit den Einfuhren Rumäniens aus den Vertragsparteien.   |
| (iii) Romania's trade balance with the contracting parties and with all countries and the balance of payments (trade, tourism, capital movements, etc.) with the contracting parties. | iii) Balance commerciale de la Roumanie avec les parties contractantes et avec tous les pays et balance des paiements (commerce, tourisme, mouvement des capitaux, etc.) avec les parties contractantes. | iii) Die rumänische Zahlungsbilanz mit den Vertragsparteien und mit allen übrigen Ländern sowie der Stand der Zahlungsbilanz (Handel, Fremdenverkehr, Kapitalverkehr usw.) mit den Vertragsparteien. |

## Annex B

## Annexe B

## Anlage B

## Schedule LXIX — Romania

1. Subject to paragraph 2 below, Romania, on the basis of mutual advantage which is inherent in the General Agreement, will develop and diversify its trade with the contracting parties as a whole, and firmly intends to increase its imports from the contracting parties as a whole at a rate not smaller than the growth of total Romanian imports provided for in its Five-Year Plans.

2. On 1 January 1973 and thereafter on the date specified in paragraph 1 of Article XXVIII of the General Agreement, or at any time in the event that Romania decides to introduce a customs tariff, Romania may, following negotiation and agreement with the contracting parties, modify its commitment under paragraph 1 above. Should this negotiation not lead to agreement between Romania and the contracting parties, Romania shall, nevertheless, be free to modify this commitment. Contracting parties shall then be free to modify equivalent commitments.

## Liste LXIX — Roumanie

1. Compte tenu du paragraphe 2 ci-après, la Roumanie, sur la base d'avantages mutuels qui sont inhérents à l'Accord général, développera et diversifiera ses échanges commerciaux avec l'ensemble des parties contractantes et a la ferme intention d'augmenter ses importations en provenance de l'ensemble des parties contractantes à un rythme qui ne soit pas inférieur à l'accroissement des importations totales de la Roumanie prévu dans ses Plans quinquennaux.

2. Le 1<sup>er</sup> janvier 1973 et par la suite à la date spécifiée au paragraphe 1 de l'article XXVIII de l'Accord général, ou à tout moment, dans le cas où la Roumanie décide d'introduire un tarif douanier, la Roumanie pourra, à la suite de négociation et d'accord avec les parties contractantes, modifier son engagement énoncé au paragraphe 1 ci-dessus. Au cas où cette négociation ne conduirait pas à un accord entre la Roumanie et les parties contractantes, la Roumanie aura néanmoins la faculté de modifier ledit engagement. Les parties contractantes auront alors la faculté de modifier des engagements équivalents.

## Liste LXIX — Rumänien

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 2 wird Rumänien auf der Grundlage der im Allgemeinen Abkommen zum Ausdruck kommenden gegenseitigen Begünstigung seinen Handel mit der Gesamtheit der Vertragsparteien entwickeln und auffächern; es hat die feste Absicht, seine Einfuhren aus der Gesamtheit der Vertragsparteien in einem Maße zu erhöhen, das nicht unter dem in seinem Fünfjahresplan vorgesehenen Wachstum der rumänischen Gesamteinfuhren liegt.

(2) Am 1. Januar 1973 und danach zu dem in Artikel XXVIII Absatz 1 des Allgemeinen Abkommens bezeichneten Zeitpunkt oder zu jedem anderen Zeitpunkt, falls Rumänien die Einführung eines Zolltarifs beschließt, kann Rumänien nach Verhandlung und Einigung mit den Vertragsparteien seine Verpflichtung aus Absatz 1 ändern. Sollte diese Verhandlung zu keiner Einigung zwischen Rumänien und den Vertragsparteien führen, so steht es Rumänien trotzdem frei, diese Verpflichtung zu ändern. Den Vertragsparteien steht es sodann frei, ihrerseits gleichwertige Verpflichtungen zu ändern.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn  
Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie für Bestellungen bereits erschiebener Ausgaben:  
Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Telefon 22 40 86 — 88.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. beim Verlag vorliegen. Im Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (BGBl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Der Teil III kann nur als Verlagsabonnement bezogen werden.  
Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM. Dieser Preis gilt auch für die Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1972 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt, Köln 399 oder gegen Vorausrechnung bzw. gegen Nachnahme.  
Preis dieser Ausgabe 0,85 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM, bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung.  
Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.